

Wirtschaft

Bald gibt es einen Flohmarkt für Software und digitale Unterhaltung

Gemäss dem Europäischen Gerichtshof darf man legal via Internet installierte Software weiterverkaufen. Das hat Signalwirkung für Dinge, die viele heute nur noch digital besitzen - wie Musik, Filme und Bücher.

Von Angela Barandun

Früher kaufte man Software, Musik oder Filme auf CDs oder DVDs. Und Bücher waren auf Papier gedruckt. Wollte man die Sachen nicht mehr, konnte man sie problemlos ins Brockenhaus bringen oder am Flohmarkt verkaufen. Seit man viele dieser Sachen im Internet kauft und nur noch digital besitzt, stellen sich ganz neue Fragen. Was macht man mit einem Album, das man bei iTunes gekauft hat, wenn man es nicht mehr möchte? Mit dem E-Book, wenn man es gelesen hat? Mit dem Film, der einem nicht gefallen hat? Mit dem Handygame, das einen langweilt? Oder mit dem alten Microsoft Office, sobald man das neue hat?

In der EU ist der Fall seit kurzem klar - zumindest was Software betrifft. Anfang Juli hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass man Software auch dann weiterverkaufen kann, wenn man sie übers Internet erworben hat und keine physische Kopie besitzt. Geklagt hatte Oracle, der amerikanische Hersteller von Datenbankensoftware, gegen Usedsoft, einen deutschen Händler von gebrauchter Software, der seinen Sitz mittlerweile in Zug hat.

Überraschender Entscheid

Der Entscheid ist eher überraschend, zumal deutsche Gerichte wiederholt genau andersrum entschieden haben. Sie hatten sich auf den Standpunkt gestellt, dass das Produkt im Fall eines Downloads nicht verkauft wird, sondern nur zeitlich unbeschränkt genutzt werden darf. Der EuGH legt auf diese Unterscheidung keinen Wert - was für den Gebrauchthandel mit Software einen grossen Sieg bedeutet.

Betroffen ist vor allem standardisierte Unternehmenssoftware. Spezialisierte Händler wie Usedsoft kaufen nicht mehr gebrauchte Lizenzen für Programme wie Microsoft Office, Windows oder Photoshop von Adobe auf und verkaufen sie weiter. Im Moment ist der Markt allerdings noch relativ klein. Die Branche hofft nun, dass sich das aufgrund der neuen Rechtslage ändern wird. Usedsoft erklärt gegenüber dem TA, man erhalte seit dem Urteil fünfmal mehr Kundenanfragen als üblich. Konkrete Zahlen wollte das Unternehmen aber keine nennen.

Obwohl der EuGH-Entscheid formal nicht für die Schweiz gilt, ist das Urteil



Reale Occasions-Bücher gibts auf dem Zürcher Bürkliplatz, digitale vielleicht bald im Internet. Foto: Alessandro Della Bella (Keystone)

auch hierzulande relevant. Man kann davon ausgehen, dass Schweizer Gerichte sich quasi freiwillig an der europäischen Rechtsprechung orientieren werden. Das Bundesgericht tut das seit einigen Jahren, wenn die Schweizer Gesetze einen EU-Hintergrund haben, sagt Robert Briner von der Anwaltskanzlei CMS von Erlach Henrici: «Als die Schweiz das Urheberrecht überarbeitet hat, wurde explizit Wert darauf gelegt, dass es EU-konform ist.» Ausserdem ging die Tendenz in der Schweiz bereits bislang eher in diese Richtung: Im Mai 2011 entschied das Kantonsgericht in Zug bereits zugunsten des Gebrauchthandels der Händler Usedsoft und gegen den Softwaregiganten Adobe.

Ob das reicht, um den Wettbewerb in der Schweiz zu befeuern, bleibt offen. «Schweizer Unternehmen waren bislang vorsichtiger als deutsche, was den Kauf von gebrauchter Software betrifft», sagt

Cyrril Rigamonti, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern. Hinzu kommt, dass die Softwarehersteller auf das Urteil reagieren werden: «Sie werden alle legalen Möglichkeiten ausschöpfen, um einen funktionierenden Gebrauchthandelsmarkt zu verhindern.» Eine Variante ist die Aktivierung der Software über einen Code, den der Hersteller blockieren kann. Eine andere ist, die Vertriebsmodelle anzupassen. Etwa wenn der Kunde die Software statt auf dem eigenen Computer per Internet nutzt - sogenanntes Cloud-Computing. «Die Angst der Softwarehersteller vor Gebrauchthandelsmärkten ist mit ein Grund dafür, dass solche Cloud-Angebote forciert werden», sagt Rigamonti.

Weitreichender könnten die Folgen für ganz andere Produkte sein. «Zwar ist der EuGH-Entscheid direkt nur auf Software anwendbar», sagt Rigamonti, «aber er hat eine gewisse Signalwirkung für

viele andere digitale Produkte.» Grund: Bei Musik, Filmen, Videogames oder E-Book stellen sich zum Teil die gleichen grundsätzlichen Fragen wie bei Computerprogrammen.

Kopie wird vor Verkauf gelöscht

In den USA gibt es bereits einen Internetdienst, auf dem Nutzer ihre digitale Musik weiterverkaufen können. Redigi sieht sich als «Zukunft der digitalen Musik» und akzeptiert nur Dateien, die aus einer legalen Quelle wie Amazon und iTunes stammen. Der Dienst zwingt den Nutzer, seine eigene Kopie des Songs zu löschen. Noch dieses Jahr sollen auch Europäer Redigi nutzen können.

Falls es tatsächlich so weit kommt, werden sich die hiesigen Gerichte wohl schon bald mit der Frage auseinandersetzen, ob ein digitaler Song genauso verkauft werden darf wie einer, der auf CD gebrannt wurde.

Zuckerbergs günstige Villa

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg erhielt für den Kauf seiner Villa von der Bank Konditionen, über die sich viele freuen würden.

Von John Gittelsohn und Dakin Campbell (Bloomberg)

Ein Milliardär hat es nicht schwer. Das zeigt das Beispiel von Mark Zuckerberg, Gründer und Mehrheitsbesitzer von Facebook. Zuckerberg hat gerade eine Hypothek im Volumen von 5,95 Millionen Dollar für sein Haus in Kalifornien umgeschuldet und muss dafür 1,05 Prozent Zinsen zahlen. Dies geht aus öffentlich einsehbaren Behördendaten hervor. Solche Vorzugskredite bekommt im Land der unbegrenzten Möglichkeiten natürlich nicht jeder - doch wer ein paar Milliarden Dollar Vermögen vorweisen kann, ist ein gern gesehener Kunde bei Banken.

In diesem Jahr sind fast alle Kreditzinsen auf historische Tiefstände gefallen - von richtig reichen Einzelpersonen werden jedoch noch geringere Beträge gefordert, sagt Greg McBride, leitender Finanzanalyst beim Hypothekenspezialisten Bankrate. Voraussetzung ist, dass sie das Risiko potenziell steigender Zinsen tragen. Dieses ist allerdings zurzeit nicht sehr hoch, da die US-Notenbank Federal Reserve unlängst zugesichert hat, die Leitzinsen für noch mindestens zwei Jahre nahe null zu belassen. «Wer zu einem Satz unterhalb der Inflationsrate Geld aufnehmen kann, bekommt es quasi zum Nulltarif», sagt McBride. «Das ist das Konzept, das Geld anderer zu benutzen, und es erhält die finanzielle Flexibilität des Kreditnehmers.»

Für Normalsterbliche ohne Milliardenvermögen im Hintergrund betragen die durchschnittlichen einjährigen variablen Hypothekenzinsen in den USA derzeit 2,69 Prozent und erreichten vor zwei Wochen bei 2,68 Prozent ihr Allzeittief, wie aus Daten des staatlichen Hypothekeninstituts Freddie Mac hervorgeht. Der durchschnittliche Satz für einen 30-jährigen Kredit mit fixem Zinssatz fiel am 12. Juli auf das Rekordtief von 3,56 Prozent.

Libor leitet Zuckerbergs Zinsen

Der 28-jährige Zuckerberg ist mit einem Nettovermögen von 15,7 Milliarden Dollar auf Rang 40 der reichsten Menschen der Welt, wie aus dem Bloomberg Billionaires Index hervorgeht. Das Haus im kalifornischen Palo Alto hatte im vergangenen Jahr 7 Millionen Dollar gekostet. Es verfügt über fünf Schlafzimmer, fünfeinhalb Badezimmer und hat eine Fläche von 837 Quadratmetern, belegen Informationen des Immobilienanbieters Redfin. Es ist etwa fünf Kilometer von der Stanford University und ebenso weit vom Hauptsitz von Facebook in Menlo Park entfernt. Vor den Blicken Neugieriger ist es durch Bäume und Sträucher und ein hohes Tor verborgen. Im Garten hat Zuckerberg am 19. Mai Priscilla Chan geheiratet.

Erhalten hat Zuckerberg den Kredit von der First Republic Bank aus San Francisco. «First Republic setzt wie die meisten Banken die Preise für Kreditprodukte nach der Stärke und der gesamten Kundenbeziehung fest», sagt Bankensprecher Greg Berardi. «Das tun wir bei allen unseren Kunden.»

Zuckerbergs 30-jährige Hypothek startet mit einem Zinssatz von 1,05 Prozent. Sie wird in jedem Monat neu angepasst und berechnet, indem auf den Londoner Interbankensatz Libor 0,8 Prozentpunkte draufgeschlagen werden. Der theoretische Höchstsatz beträgt 9,95 Prozent.

Sollte der Satz allerdings tatsächlich ansteigen, haben Vermögende auch immer die Möglichkeit, den Kredit komplett abzuzahlen, erklärt Immobilienmakler Ken DeLeon. «Solche Sätze existieren für Kunden, die keine Hypothek benötigen», sagt er. «Ich sage ihnen immer, dass sie das Gratisgeld geniessen sollen und alles abzahlen, sollten die Zinsen steigen.»

Zuckerberg muss derzeit monatliche Raten von 19 275 Dollar zahlen. Im Juni 2011, als er den jetzt abgelösten Kredit bei Morgan Stanley aufnahm, startete er mit 1,75 Prozent Zinsen und 21 256 Dollar monatlich. Larry Yu, der Sprecher von Facebook, wollte zu Zuckerbergs Hypothek nicht Stellung beziehen.

«Griechenland wird den Euro behalten»

EU-Kommissar Johannes Hahn ist Herr über Europas milliardenschwere Töpfe. Trotz hoher Schulden fließen über 3 Milliarden Euro pro Jahr nach Athen.

Mit Johannes Hahn sprach Cerstin Gammelin

Johannes Hahn, 54, ist ein reicher Mann, rein beruflich betrachtet. Seit 2010 ist der Österreicher als EU-Kommissar für europäische Regionalpolitik zuständig - und damit für die milliardenschweren EU-Fördertöpfe. Besonders engagiert ist Hahn in Griechenland. Angesichts der dramatischen Krise hat er das Land so oft wie kein anderes besucht. Trotz aller Wirren glaubt er, dass dort auch künftig in Euro bezahlt werden wird.

Sie kommen gerade aus Griechenland. Hat Premier Samaras bei Ihnen um Aufschub gebeten?

Neuverhandlungen der Hilfspakete waren kein Thema. Dazu ist es zu früh. Die Troika war gerade kurz im Land. Sie kommt noch einmal länger ab Ende Juli und wird im September einen internen Bericht erstatten. Dieser Bericht wird eine Basis sein, um über Anpassungswünsche der Griechen zu diskutieren.

Sollen die Euroländer Athen ein weiteres Mal entgegenkommen?

Den griechischen Freunden ist vollkommen bewusst, dass sie zuerst zu liefern haben, also einige Bedingungen des Reformprogramms erfüllen müssen, um das Vertrauen der Helfer zurückzugewinnen. Erst wenn sie sichtbare Ergebnisse liefern, werden sie Anspruch haben, über Modifikationen zu reden.

Sollte die EU nicht auch das Geld so lange zurückhalten, bis Athen seine Zusagen einhält?

Das hielte ich für das falsche Signal. Bei der Nutzung der Strukturfondsgelder gibt es ja echte Fortschritte. Es ist nicht so, dass nichts passiert wäre und nichts funktioniert. Wir hatten im September 2011 einen Aktionsplan mit einem Volumen von 11,5 Milliarden Euro und über 180 Projekten aufgestellt. 15 davon sind schon erledigt, im Gesamtwert von 250 Millionen Euro. Mehr als 100 Projekte sind vollkommen im Zeitplan.

Wie viel Geld kann Athen abrufen? Das Budget für die Jahre 2007 bis 2013



Johannes Hahn
Der Politiker der Österreichischen Volkspartei ÖVP ist seit dem 10. Februar 2010 EU-Kommissar für Regionalpolitik.

liegt ungefähr bei 20,5 Milliarden Euro. Davon sind 41 Prozent schon bezahlt. Die Co-Finanzierungsraten sind unterschiedlich. Griechenland kann bis zu 95 Prozent der Kosten eines Projekts aus EU-Töpfen beantragen. Athen hat sich verpflichtet, 2010 bis 2012 durchschnittlich 3,5 Milliarden Strukturfondsgelder pro Jahr abzurufen.

Und was finanzieren Sie so?

Das reicht von Kindergärten, Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr bis zur Sanierung historischer Bauten wie der Akropolis. Das ist vor allem für den Tourismus wichtig. Ich versuche die Griechen zu motivieren, auf Qualitätstourismus zu setzen. Mit EU-Geld sind archäologische Einrichtungen saniert worden, die muss man jetzt aber auch touristisch vermarkten. Dieses Land ist so reich an Kulturschätzen.

Europa baut die Akropolis auf?

Bei der Akropolis handelt es sich um die üblichen Instandhaltungsarbeiten. Der Tempel ist im Moment eingerüstet, es ist eine Fussgängerzone geschaffen worden und ein Fussweg. Ich habe auch den Bürgermeister von Athen getroffen, der das Stadtzentrum sanieren will.

Investiert ausser der EU noch jemand, etwa private Unternehmer?

Noch nicht. Auch das haben wir besprochen. Athen muss ein unternehmerfreundliches Klima schaffen. Es ist schon

so, dass unsere europäischen Gelder das Herzstück der Investitionen sind. Es sind ja Wirtschaftsdelegationen aus vielen Ländern nach Athen gekommen...

... aber auch wieder gegangen, ohne dass etwas passiert ist.

Alle sagen, dass es interessant wäre zu investieren, weil das ein Markt ist, in dem man vieles noch gestalten kann. Aber ein Problem sind lange Gerichtsverfahren. Die dauern durchschnittlich zehn Jahre, und es ist nicht üblich, Streit aussergerichtlich zu klären. In der Region Athen gibt es mehr Rechtsanwälte als in Frankreich. Zudem gibt es kaum transparente, schriftliche und haltbare Bescheide von Steuerbehörden. Ein Unternehmer geht zu einem Finanzbeamten und will eine Auskunft, er vertraut darauf und investiert. Er läuft Gefahr, dass der nächste Finanzbeamte das ganz anders sieht. Und bei Genehmigungsverfahren gibt es diesen Kompetenzwirrwarr. Es ist völlig unklar, wann, wo, wie und mit welchen Unterschriften ich Genehmigungen bekomme. Das hält Unternehmer davon ab zu investieren.

Sie kennen Griechenland sehr gut. Wird das Land den Euro behalten?

Das wird ein hartes Stück Arbeit. Aber ich glaube, es wird klappen. Das ist unser erklärtes Ziel. Und es bewegt sich wirklich etwas. Es gibt jetzt vor allem politische Stabilität, die unerlässlich ist, um das Reformprogramm umzusetzen.